

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

- 18. WP - 44. Sitzung

## **Innen- und Rechtsausschuss**

- 18. WP - 40. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. August 2013, 13 Uhr,  
in Sitzungszimmer 383 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Lars Winter (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

### **Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses**

Barbara Ostmeier (CDU)	Vorsitzende
Dr. Axel Bernstein (CDU)	
Petra Nicolaisen (CDU)	
Dr. Kai Dolgner (SPD)	
Tobias von Pein (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Ines Strehlau
Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	i. V. v. Wolfgang Kubicki
Torge Schmidt (PIRATEN)	i. V. v. Wolfgang Dudda
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Finanzielle Handlungsspielräume sichern: Altschuldentilgungsfonds für Land und Kommunen</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/744</a>	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/776</a>	
<b>Finanzielle Handlungsspielräume nutzen - Die Deutschland-Bonds weiterentwickeln</b>	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP <a href="#">Umdruck 18/1600</a>	
<b>2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/885</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW <a href="#">Umdruck 18/1602</a>	
<b>b) Entwurf eines Gesetzes für eine verlässliche Raumordnungsplanung</b>	
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/898</a>	
<b>c) Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten</b>	
Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/821</a>	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/874</a>	
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>7</b>
<b>4. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU	

[Drucksache 18/861](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1633](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1067](#) ([Umdruck 18/1625](#))

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Landesstraßen und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/883](#)

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1066](#) ([Umdruck 18/1626](#)) und [Umdruck 18/1636](#)

**c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Sanierung und Instandhaltung von Landesstraßen**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/927](#)

**5. Information/Kenntnisnahme**

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 13:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Finanzielle Handlungsspielräume sichern: Altschuldentilgungsfonds für Land und Kommunen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/744](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/776](#)

(überwiesen am 25. April 2013 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Synopse des Finanzministeriums

[Umdruck 18/1502](#)

### **Finanzielle Handlungsspielräume nutzen - Die Deutschland-Bonds weiterentwickeln**

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/1600](#)

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von CDU und PIRATEN wird der FDP-Änderungsantrag [Umdruck 18/1600](#) abgelehnt.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN empfehlen die Ausschüsse dem Landtag, den CDU-Änderungsantrag [Drucksache 18/776](#) abzulehnen. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN empfehlen sie, den Koalitionsantrag [Drucksache 18/744](#) anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes  
und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/885](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und SSW

[Umdruck 18/1602](#)

**b) Entwurf eines Gesetzes für eine verlässliche Raumordnungsplanung**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/898](#)

**c) Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung  
mit Hamburg vorbereiten**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/821](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/874](#)

(überwiesen am 18. Juni 2013 an den Innen- und Rechtsausschuss und an den  
Wirtschaftsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Innen- und Rechtsausschuss beschließt, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, binnen zwei Wochen Anzuhörende zu benennen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Die Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses bittet die Fraktionen, zur nächsten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses einen Terminvorschlag zur Anhörung der Bewerberinnen um die Stelle der Präsidentin des OVG zu unterbreiten, um die Besetzung der Stelle möglichst schnell vornehmen zu können (siehe [Umdruck 18/1631](#)).

Punkt 4 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/861](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1633](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1067](#) ([Umdruck 18/1625](#))

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Landesstraßen und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/883](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes

[Umdruck 18/1531](#)

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1066](#) ([Umdruck 18/1626](#)) und [Umdruck 18/1636](#)

**c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens zur Sanierung und Instandhaltung von Landesstraßen**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/927](#)

(überwiesen am 18. Juni 2013 an den Finanzausschuss)

Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes

[Umdruck 18/1628](#)

Stellungnahme des Landesrechnungshofs

[Umdruck 18/1615](#)



Finanzministerin Heinold teilt mit, die Länder Berlin und Hamburg hätten vor dem Hintergrund ihres Widerspruchs gegen die Ergebnisse des Zensus 2011 darum gebeten, die Abrechnung der Umsatzsteueranteile und des Länderfinanzausgleichs nicht dem Bundesrat zuzuleiten. Die Zustimmung des Bundesrats sei laut Finanzausgleichsgesetz jedoch erforderlich. Das Bundesfinanzministerium halte eine Zuleitung der Abrechnung für geboten und werde entsprechend verfahren. Sollten die Widersprüche der Länder Berlin und Hamburg gegen die Ergebnisse des Zensus 2011 erfolgreich sein, werde es eine Korrektur geben (Änderungsverordnung). Damit wäre aufgrund zu erwartender langjähriger Rechtsstreitverfahren jedoch erst in den kommenden Jahren zu rechnen. Gegenäußerungen der Länder Berlin und Hamburg zum Vorgehen des BMF (Zuleitung der Abrechnung und gegebenenfalls Anpassung in der Zukunft) lägen nicht vor. Die in den Gesetzentwürfen dargestellte Gegenfinanzierung sei damit im Jahr 2013 nicht gefährdet. - Die Finanzministerin bejaht eine Frage von Abg. Dr. Garg, dass die Landesregierung in dieser Frage ausschließlich schleswig-holsteinische Interessen vertreten werde.

Abg. Koch kritisiert die von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Änderungsanträge [Drucksachen 18/1066](#) und 18/1067 als „handwerklich nicht sauber“. Mit dem von der CDU vorgelegten Änderungsantrag [Umdruck 18/1633](#) wolle man erreichen, dass ein Gesamtvolumen von 60 Millionen € für die Sanierung der Landesstraßen zur Verfügung gestellt werde.

Abg. Winter und Ministerin Heinold erläutern die Intention des Änderungsantrags der Koalition [Drucksache 18/1067](#). Der Gesetzentwurf solle dahin erweitert werden, auch energetische Sanierungsmaßnahmen in Liegenschaften anderer Träger finanzieren zu können, bei denen das Land die laufende Bewirtschaftung zu einem erheblichen Teil mitfinanziere (insbesondere Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf).

Die Koalitionsfraktionen ziehen ihren Änderungsantrag [Drucksache 18/1067](#) zurück und kündigen an, zur September-Tagung des Landtags einen neuen Antrag einzubringen.

Der CDU-Änderungsantrag [Umdruck 18/1633](#) wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den CDU-Gesetzentwurf [Drucksache 18/861](#) abzulehnen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt er, den FDP-Gesetzentwurf [Drucksache 18/927](#) ebenfalls abzulehnen.

(Sitzungsunterbrechung von 13:55 bis 14:45 Uhr)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen [Drucksache 18/1066](#) für erledigt zu erklären. Der gleichlautende [Umdruck 18/1626](#) wird zurückgezogen.

Auf eine Frage von Abg. Schmidt stellt Frau Harms, Leiterin des Wissenschaftlichen Dienstes, klar, die Formulierung in § 5 - Finanzierung zusätzlicher Steuereinnahmen, „die aufgrund der Berücksichtigung der fortgeschriebenen Einwohnerzahlen des Zensus erwartet werden“ - sei nach den Ausführungen der Finanzministerin in der letzten Ausschusssitzung und in [Umdruck 18/1585](#) ausreichend.

Mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition wird der Änderungsantrag der Koalition [Umdruck 18/1636](#) angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Koalition [Drucksache 18/883](#) in so geänderter Fassung anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

[Umdruck 18/1501](#) - Körperschaftsteuerfall

[Umdruck 18/1503](#) - Windkraftanlagen und Flugsicherungseinrichtungen

[Umdruck 18/1504](#) - Vertragsnaturschutz

[Umdruck 18/1505](#) - Haushaltsablauf im ersten Halbjahr

[Umdruck 18/1585](#) - Zensuseffekte

Der Finanzausschuss nimmt die Vorlagen der Landesregierung ohne Aussprache zur Kenntnis.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 14:55 Uhr.

gez. Thomas Rother

gez. Barbara Ostmeier

Vorsitzender des Finanzausschusses

Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer